

Raul Zelik

## „*State Failure*“ und „asymmetrische Kriege“ als Paradigmen von Weltordnungspolitik“

*Die Beiträge Herfried Münklers zu einer Neubestimmung imperialer Politik*

Aufsatz aus: PROKLA 147 - Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaften (Juni 2007)

Anfang der 1920er Jahre beschäftigen sich Carl Schmitt und Benjamin, deren Denken ansonsten nicht viel miteinander zu tun hat, mit einem ähnlichen Problem. Sie stellen die Frage, inwiefern Ordnung, Recht und Gewalt miteinander verknüpft sind<sup>1</sup>. Schmitt formuliert in der „Politischen Theologie“ sein seitdem vielfach zitiertes Diktum: „*Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet*“ (1979: 11, erstmals 1922). Auf dieser Grundlage leitet er (Rechts-) Ordnungen von jener Person oder Einrichtung ab, die das Recht außer Kraft setzen kann, etabliert also eine eigentümliche Doppelfigur: Der Souverän repräsentiert gleichzeitig die Wahrung *und* die Aufhebung des Rechts, er ist dessen Zentrum und steht doch außerhalb von ihm. (Rechts-) Ordnung, so folgert Schmitt, müsse als das Ergebnis einer Entscheidung diskutiert werden, einer erfolgreichen Gewaltanwendung – oder simpler ausgedrückt: Wer sich durchsetzt, definiert, was Recht und Unrecht ist. Die Ordnung geht dem Recht voraus: Dieses existiert nur dort, wo Ordnung etabliert ist.

Schmitts Argumentation ist ausdrücklich von Thomas Hobbes inspiriert, der im „*Leviathan*“ das Gesetz mit der Autorität (anstelle der Wahrheit) begründet wissen will. Schmitt postuliert in „*Die Diktatur*“ (1989: 21f; erstmals 1921): „*Das Gerechtigkeitsnaturrecht (...) geht davon aus, dass ein Recht mit bestimmtem Inhalt als vorstaatliches Recht besteht, während dem wissenschaftlichen System von Hobbes mit größter Klarheit der Satz zugrunde liegt, dass es vor dem Staate und außerhalb des Staates kein Recht gibt und der Wert des Staates gerade darin liegt, dass er das Recht schafft, indem er den Streit um das Recht entscheidet. Daher gibt es den Gegensatz von Recht und Unrecht nur im Staat und durch den Staat. Der Staat kann kein Unrecht tun, weil irgendeine Bestimmung nur dadurch Recht werden kann, dass der Staat sie zum Inhalt eines staatlichen Befehls macht,*

---

<sup>1</sup> Derrida (1991) und v.a. Giorgio Agamben (2002 und 2004) haben die Verbindung Benjamin-Schmitt neu thematisiert.

*und nicht dadurch, dass sie irgendeinem Gerechtigkeitsideal entspricht. Auctoritas, non Veritas facit Legem. (Leviathan, cap.26)“*

Walter Benjamins „Kritik der Gewalt“ (1965, erstmals 1921) verweist – von einer Schmitt entgegengesetzten Position aus argumentierend – in eine ähnliche Richtung. Benjamin meint, dass Gewalt stets *rechtsetzend* oder *rechtserhaltend* sei, solange sie Geltung entfalte. Mit dieser Unterscheidung wollte Benjamin nicht nur Gewalt kategorisieren, sondern v.a. aufzeigen, wie das Recht in seiner Genese *und* seinem Fortbestand an die Gewalt gekettet ist. Recht, so meint auch Benjamin, sei das Ergebnis einer gewalttätigen, willkürlichen Setzung, die sich immer wieder neu in Manifestationen der Gewalt behaupten muss.

Doch bei Benjamin wird dieser Sachverhalt deutlich komplexer und – das stellt den Hauptunterschied dar – bedrohlicher dargestellt als bei Schmitt. Benjamin hält die Verbindung des Rechts zur Gewalt nämlich für ein dem Recht innewohnendes prinzipielles Problem. Gewalt stelle nicht einfach Recht her, um dann abzudanken, sondern bleibe unter dem Namen der Macht mit jenem verbunden. Daraus ergebe sich der Willkürcharakter des Rechts, der in den Handlungen exekutiver Gewalt, v.a. der Polizei, kontinuierlich sichtbar wird. Doch die Benjaminsche Kritik verstellt auch scheinbar klare Handlungsperspektiven. Die Willkür des Rechts lässt sich nicht einfach durch eine Aufhebung des Rechts überwinden. Revolutionäre Gegengewalt, die das herrschende Gesetz bricht und ersetzt, beseitigt die Willkür nicht. Sie sorgt für eine neue gewalttätige, von Willkür gezeichnete Setzung.

Eine Kritik an dem Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler mit einer Erinnerung an Schmitt und Benjamin zu beginnen, scheint mir in doppelter Hinsicht angebracht: Zum einen, das wäre das allgemeinere Argument, weil der Fall Schmitt / Benjamin zeigt, dass das strategische Interesse des Autors für den Charakter der Erkenntnis von zentraler Bedeutung bleibt. Oder anders ausgedrückt: Es lässt sich nie nur darüber diskutieren, wie etwas beschrieben wird, sondern es geht auch immer darum, warum und in welcher Richtung das Denken dadurch vorangetrieben werden soll.

Zum zweiten ist der Bezug auf Schmitt und Benjamin deshalb von Interesse, weil Schmitt für Münklers Positionen offensichtlich eine beträchtliche Rolle spielt. Das Thema der ordnungspolitischen Dimensionen der Gewalt zieht sich – in Form von Auseinandersetzungen mit Machiavelli, Hobbes, Clausewitz und Schmitt – wie ein roter Faden durch Münklers akademische Laufbahn. Auch wenn die Stile von Schmitt und Münkler kaum zu vergleichen sind, tragen Münklers Arbeiten zur Sicherheits-, Ordnungs- und Raumpolitik bisweilen Züge einer modernisierten Berliner-Republik-Variante des Schmittschen Projekts.

### **Münklers „Die neuen Kriege“**

Doch zunächst einige Schritte zurück. In den Feuilletons der liberalen Presse ist Münkler in den vergangenen Jahren zu einem vielbeachteten, bisweilen sogar gefeierten Mann aufgestiegen. Die Süddeutsche Zeitung lobt die pragmatische Allgemeinverständlichkeit seiner Aufsätze, die ZEIT (vgl. ZEIT vom 30. 10. 2003) bezeichnet ihn als „wandelnden Ein-Mann-Think-Tank“, die TAZ (vgl. 1.8. 2005) inszeniert ihn als kritischen Querdenker. Münkler ist gefragt – egal ob nun das politische Berlin über die Neuausrichtung seiner Außen- und Sicherheitspolitik diskutiert oder der Wissenschaftsbetrieb über die Ausrichtung von politischer Theorie nachdenkt.

Seine massenmediale Präsenz geht auf das Jahr 2002 zurück, als Münkler, der einst bei Iring Fetscher arbeitete und als Mitherausgeber der Marx-Engels-Gesamtausgabe fungiert, bei Rowohlt seine (wenig später von der Bundeszentrale für politische Bildung gratis verbreitete) Arbeit „Die neuen Kriege“ veröffentlichte. Münkler setzt sich darin mit den neuen globalen Konfliktkonstellationen nach dem Ende des Kalten Krieges auseinander und nahm dadurch maßgeblich Einfluss auf die Debatte über „neue Kriege“, Staatszerfall und *Failed States*, die nach dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens eingesetzt hatte. Dass Münkler zum zentralen Stichwortgeber, ja fast schon zum öffentlichen Repräsentanten der Debatte in Deutschland werden konnte, ist insofern bemerkenswert, als bereits seit 2000 eine Übersetzung von Mary Kaldors gut recherchiertem und begrifflich exaktem „*New & Old Wars. Organized Violence in a Global Era*“ vorlag. Wenn diese Arbeit weitaus weniger diskutiert wurde als Münklers zwei Jahre später verfasstes „Die neuen Kriege“, hatte dies zum einen sicher mit Münklers Lehrtätigkeit an einer deutschen Universität, zum anderen aber mit der Tatsache zu tun, dass Kaldors Analysen machtpolitisch nicht operabel waren. Die britische Konfliktforscherin beschreibt die von Raubökonomie und ethnisch bzw. religiös identitären Mustern geprägten Bürgerkriege nämlich nicht wie Münkler als Folge einer unzureichenden Durchdringung der Welt durch den ‚Westen‘, sondern als Facette der Globalisierung, also nicht als Gegenpol zur Moderne, sondern als Teilaspekt real existierender Modernisierung. Zudem verweist Kaldor immer wieder auf die hybriden Erscheinungen, die in den „neuen Kriegen“ zu beobachten sind: Die Verbindungen zwischen staatlicher und nichtstaatlicher Gewalt, afrikanischen Warlords und börsennotierten Sicherheitsunternehmen, imperialer Macht und peripheren Prozessen etc.

Dabei scheint Münkler die Entwicklung von bewaffneten Konflikten zunächst ganz ähnlich wie Kaldor zu beschreiben: „*Der klassische Staatenkrieg, der die Szenarien des Kalten Kriegs noch weithin geprägt hat, scheint zu einem historischen Auslaufmodell geworden zu sein; die Staaten haben als die faktischen Monopolisten des Krieges abgedankt, und an ihre Stelle treten immer häufiger parastaatliche, teilweise sogar private Akteure – von lokalen Warlords und Guerillagruppen über weltweit operierende Söldnerfirmen bis zu internationalen Terrornetzwerken – , für die der Krieg zu einem dauerhaften Betätigungsfeld geworden ist.*“ (Münkler 2002a: 7) Münkler hält für die „neuen Kriege“ fest: a) Der bewaffnete Konflikt verwandelt sich für die beteiligten Akteure tendenziell in eine wirtschaftliche Unternehmung. Es bilden sich auf Raub beruhende Wirtschaftskreisläufe heraus, in denen der Krieg Einkommen sichert<sup>2</sup>. b) Politische und sozialrevolutionäre Motive werden zunehmend von ethnischen oder religiösen Mustern überlagert oder abgelöst. c) Kriminalität und andere Gewaltformen spielen eine wachsende Rolle, die Konflikte werden von irregulären Truppen oder zumindest mit irregulären Taktiken ausgetragen. Bis hierhin bleibt Münkler bei recht eindeutigen Fakten. Doch dann verlässt er das Feld der Beschreibung und beginnt unauffällig programmatische Ansätze einzuflechten. Münkler spricht von drei zentralen Merkmalen der neuen Kriege: Erstens einer „*Entstaatlichung beziehungsweise Privatisierung kriegerischer Gewalt*“ (ebda: 10), zweitens einer „*Asymmetrisierung*“, also dem „*Umstand, dass in der Regel nicht gleichartige Gegner miteinander kämpfen*“, Fronten verschwinden und kaum noch große Schlachten ausgefochten werden (ebda: 11), und drittens einer „*sukzessiven Verselbständigung oder Autonomisierung vordem militärisch eingebundener Gewaltformen*“ (ebda).

Münkler schließt das Phänomen der „neuen Kriege“ mit Staatszerfall- und Raumdiskursen kurz. Er meint, dass die neuen Kriege fast ausnahmslos „*an den Rändern und Bruchstellen der einstigen Imperien*“ (ebda: 13) ausgebrochen seien, wo zuvor Modernisierungsversuche scheiterten. Münklers Interesse gilt dabei – an dieser Stelle zeichnet sich eine erste Parallele zu Carl Schmitt ab – dem Staat als Ordnungsgaranten. Dort, wo wie in Westeuropa und Nordamerika eine stabile Staatsbildung stattgefunden habe, so Münkler, sei der Krieg verdrängt worden. Wo dies hingegen nicht der Fall war, hätten sich bewaffnete Konflikte endemisch ausgebreitet. Münkler blendet dabei vollständig aus, dass die meisten „neuen

---

<sup>2</sup> Als Beispiel hierfür werden in der Regel die Bürgerkriege von Angola und Sierra Leone herangezogen. Der Bürgerkrieg in Angola verwandelte sich nach dem Kalten Krieg in eine einfache Form der Rohstoff-Waffen-Zirkulation. Das Regierungslager tauschte Erdöl, die Aufständischen der UNITA Diamanten gegen Waffen und Söldnerdienstleistungen. Dabei sicherten die Waffen in erster Linie die Kontrolle über die Rohstoffvorkommen und somit zukünftiges Einkommen. Im westafrikanischen Sierra Leone war die Figur des Gewaltunternehmertums möglicherweise noch deutlicher ausgebildet: Die Waffen ermöglichten den Zugang zu den Diamantenvorkommen, die Fortdauer des Krieges die informelle private Aneignung der Reserven.

Kriege“ mindestens ebenso sehr im Zusammenhang mit internationalen, ‚imperialen‘ Interventionen (Afghanistan, Angola, Kolumbien, z.T. Jugoslawien...) oder zumindest globalen ökonomischen Strukturen (Sierra Leone) diskutiert werden müssen. Gegen eine Kritik globaler Machtbeziehungen sichert er sich mit der eingeschobenen These ab, dass das Scheitern der Staatsbildungsprozesse im politischen Süden nicht mit postkolonialen Strukturen, internationalen Tauschbeziehungen oder neuen ökonomischen Ausschließungsmechanismen im Rahmen der Globalisierung erklärt werden kann, sondern in der Unfähigkeit der Eliten vor Ort begründet ist: *„Als eine der wichtigsten Ursachen für dieses Scheitern muss der Mangel an integren und korruptionsresistenten politischen Eliten genannt werden, die im Zugriff auf den Staatsapparat nicht die Möglichkeit zur persönlichen Bereicherung, sondern Aufgabe und Pflicht sehen. Tatsächlich hat sich in vielen Regionen eine Praxis des <Kaperns> der Staatsgewalt durchgesetzt, die dann entweder der Ausweitung der Macht oder der Vergrößerung des Reichtums dient (...)*“ (ebda: 16f)

Nach einer längeren Beschreibung von Phänomenen des „neuen Kriegs“ – der wachsenden Zahl ziviler Opfer, der Bedeutung irregulärer Kampfformen, des massenhaften Auftauchens von Kindersoldaten etc. – schlägt Münkler schließlich eine historische Brücke. Er widmet sich der europäischen Situation vor dem Westfälischen Frieden 1648 und versucht historisch zu belegen, dass der Krieg durch Verstaatlichung und die Etablierung internationaler, d.h. zwischenstaatlicher Konventionen gehegt worden sei. Diese Phase der kalkulierbaren kriegerischen Gewalt werde heute durch den Staatszerfall aufgehoben; der allgemeine unbegrenzte Kriegszustand des 30jährigen Krieges kehre zurück. Dort, wo *„keine Staatsmacht vorhanden ist, die mit Hilfe ihrer Exekutivorgane den Mehrheitswillen durchzusetzen vermag, bestimmen diejenigen über Krieg und Frieden, die die größte Gewaltbereitschaft haben.*“ (ebda: 27). Die Verdrängung bzw. Einbindung frei agierender Söldnertruppen wie der italienischen Condottieri durch Staaten und die Regulierung der militärischen Gewaltausübung, wie sie von Clausewitz theoretisiert wurde, werde heute sozusagen umgekehrt.

Auf Münklers These, der Staat habe den Krieg gehegt, werde ich gleich zurückkommen. Problematisch ist jedoch bereits die von Münkler bemühte historische Analogie. Sie sorgt für die Assoziation, dass es sich bei den neuen Kriegen um die Rückkehr vormoderner Konfliktformen handele – also um einen historischen Rückschlag und eine Krise von Zivilisation. *„Kriegerische Gewalt und organisierte Kriminalität“*, formuliert Münkler denn auch düster (ebda: 11), *„gehen immer häufiger ineinander über, und es ist oftmals kaum noch möglich, zwischen kriminellen Großorganisationen, die sich mit politischen Ansprüchen*

*drapieren, und den Überresten einstiger Armeen oder der bewaffneten Anhängerschaft eines Warlords zu unterscheiden, die sich durch Plünderungen und den Handel mit illegalen Gütern alimentieren“.* Verantwortlich dafür sind „*marodierende Banden*“, die von den traditionellen Sanktionsdrohungen des Völkerrechts nicht erfasst sind.

Münkler strengt sich an, diese Entwicklung materialistisch herzuleiten. In diesem Sinne erklärt er die Ausbreitung der Unordnung nämlich nicht nur aus dem Staatszerfall, sondern leitet umgekehrt den Staatszerfall aus technischen und ökonomischen Entwicklungen des Krieges ab. Im Unterschied zu der von Schießpulver, Sprengstoff und immer größeren Kanonen geprägten Militärtechnologie, die bis weit ins 20. Jahrhundert die Kriege bestimmte und kompakte Armeekörper erforderte, sei in den vergangenen Jahrzehnten die Rückkehr von leichten und billigen Waffen festzustellen gewesen. Damit jedoch sei die Kriegführung grundlegend modifiziert worden: kleine, mobile Verbände hätten an Bedeutung gewonnen, und mit den Kindersoldaten stünden willige, leicht instrumentalisierbare Kämpfer zur Verfügung. Wenn Kriege billiger werden, so Münkler, stellt sich ein anderes Kapital-Ertrags-Verhältnis ein, das den Krieg wirtschaftlich macht. Mit einigen halbautomatischen Gewehren und zwangsrekrutierten Jugendlichen lassen sich irreguläre Truppen aufstellen, die sich mit Hilfe der Waffen selbst unterhalten und schon bald Gewinne erwirtschaften können. Diese Konfliktökonomie geht mit den illegalen Geschäften des Drogen-, Frauen- und Menschenhandels Verbindungen ein. Münkler hält Warlords deshalb ganz einfach für „Kriegsunternehmer“.

Die Enthegungs-Tendenz, die Münkler beobachtet, entfalte ihre bedrohlichste Wirkung aber nicht im Zusammenhang mit Kriminalität und Bandenkrieg. Die weitgehendste Variante der Entgrenzung stellt für Münkler vielmehr der Terrorismus dar, dem er sich im letzten Kapitel von „Die neuen Kriege“ zuwendet. Er versteht ihn als Fortführung der vom Partisanen ausgelösten Irregularisierungsbewegung des Kriegs und als Steigerung der Asymmetrie. An Schmitts Thesen zum Partisanenkrieg (1963) anknüpfend schreibt Münkler, dass der Partisanenkrieg die Hegung und internationale Regulierung des Krieges durchbrochen und diesen totalisiert habe. Während die Partisanenbewegung aber nach wie vor von politischer Unterstützung abhängig bleibe und daher (Selbst-) Beschränkungen unterworfen sei, agiere der Terrorist rücksichtslos und sozusagen enthemmt: *„Aber der Partisanenkrieg ist und bleibt eine in militärischer Hinsicht prinzipiell defensive Strategie, auch dann, wenn sie politisch für revolutionäre Zwecke eingesetzt wird. Dadurch unterscheidet sie sich grundsätzlich von der Strategie des Terrorismus, die nicht nur politisch, sondern auch in operativer Hinsicht einen wesentlich offensiven Charakter hat. Das zeigt sich vor allem darin, dass der Terrorismus auf*

*die Unterstützung durch eine ihm wohlgesonnene Bevölkerung kaum angewiesen ist, ja er kann ganz auf sie verzichten, sobald es ihm gelingt, die zivile Infrastruktur des angegriffenen Gegners als logistische Basis sowie Waffenarsenal zu nutzen. Damit haben sich freilich Art und Ordnung der Gewaltanwendung radikal verändert, und eine neue Stufe der Asymmetrisierung der Gewalt ist erreicht.“ (ebda: 191)*

### **Zur Kritik von Müncklers Kriegstheorie**

Vieles von dem, was Münckler zu den „neuen Kriegen“ geschrieben hat, scheint durch die Entwicklungen der letzten Jahren bereits wieder in Frage gestellt. Im Irak erweist sich täglich von neuem, dass sich robuste Staatlichkeit und nicht-staatliche Gewalt komplementär entfalten können. Ein wesentlicher Teil der Besatzungstruppen besteht aus privaten Sicherheitsdienstleistern, sprich Gewaltunternehmern, die von der US-Regierung eingesetzt werden. Zudem sind Teile der schiitischen Milizen als eine Art „Anti-Partisanen-Partisanen“ offensichtlich von Washington aufgebaut und ausgerüstet worden<sup>3</sup>. Es kann also durchaus zu einer Stärkung staatlichen Eingriffs (in diesem Fall der USA) bei gleichzeitiger Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols kommen. Die Verbindung von Staatlichkeit und Nicht-Staatlichkeit muss auch im Zusammenhang mit Krieg als ein Moment eines neuen, flexiblen Regierens diskutiert werden; als ein Aspekt des vielfach konstatierten Übergangs von *Government* zu *Governance* oder als eine Facette der Informalisierung von Regierungstechniken. Darüber hinaus beweist der vom Westen geführte *War on Terror*, dass die Entgrenzung von Gewalt und der politisch kalkulierte, systematische Angriff auf Zivilisten – um nichts Anderes handelt es sich bei Entführung und Folterung von Verdächtigen – kein Monopol des „internationalen Terrorismus“ ist. Doch nicht erst die neuere Entwicklung des „War on Terror“ stellt Müncklers Thesen an zentralen Punkten in Frage. Schon bei der Veröffentlichung 2002 waren grundlegende Widersprüche zu erkennen:

- Müncklers Kernthese, wonach der Staat den Krieg historisch gehegt und umgekehrt der Staatszerfall die Gewalt verschärft, ist falsch; wie Münckler diese These vertritt, trägt Züge eines theoretischen Skandals.

---

<sup>3</sup> Die US-Wochenzeitschrift *Newsweek* berichtete am 9. 1. 2005 von der Einführung einer „*Salvador option*“ im Irak. Wie schon im Bürgerkrieg in Zentralamerika wollten die USA mit dem Aufbau von formal unabhängigen Milizen auf irreguläre Weise in den Krieg eingreifen. Eine Untersuchung von Counterinsurgency-Praktiken legt nahe, dass solche irregulären oder informellen Praktiken bereits seit einigen Jahrzehnten eine zentrale Rolle in der US-Sicherheitspolitik spielen.

Wie oben erwähnt, hat Kaldor (2000) eine differenzierte Beschreibung der „neuen Kriege“ geliefert. Auch sie ist der Meinung, dass ein „*ununterbrochener Gewaltzustand*“, wie er vor der Errichtung von Staatlichkeit in Teilen Europas existiert habe, durch die Durchsetzung des zwischenstaatlichen Kriegs „*als begrenztes Ereignis*“ und „*Anomalie*“ (ebda: 35) abgelöst wurde. Allerdings sei dieser Prozess, in dessen Rahmen alltägliche Sicherheit und mehr oder wenige friedliche Verhältnisse im Inneren etabliert wurden, mit einer Totalisierung der Gewalt einhergegangen. Die zwischenstaatliche Regulierung des Kriegs in Form von internationalen Konventionen stellte nämlich nicht einfach eine Beschränkung der Gewalt dar, sondern ermöglichte gleichzeitig die Ausweitung des Kriegs, der aufgrund technischer Entwicklungen ohne Regulierung nicht mehr zu führen gewesen wäre.

Vollends absurd wird die These von der staatlichen Hegung der Kriegsgewalt vor dem Hintergrund der europäischen und deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die industrielle Totalisierung des Krieges, wie sie sich 1914-18 und 1939-45 entfaltete, war ohne die Errichtung robuster Staatlichkeit nicht möglich. Ja, mehr noch: Es war die Wehrmacht, also eine reguläre Armee, die im Rahmen der Besetzung Osteuropas systematischen Terror gegen Zivilisten organisierte und damit sowohl Asymmetrie als auch Enthegung des Krieges auf die Spitze trieb. Dass Rezensenten und wissenschaftlichem Betrieb diese offensichtliche Auslassung bei Münkler nicht auffällt, verweist darauf, dass wir es bei dem „Phänomen Münkler“ nicht nur mit dem Autor, sondern mit gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun haben.

Münklers Umdeutung der Kriegsgeschichte wird im übrigen nicht dadurch besser, dass ihm die Gegenargumente gegen seine Hegungsthese selbstverständlich bekannt sind. In „Über den Krieg“ (2002b) stellt Münkler selbst fest, dass die Verstaatlichung des Krieges ab 1648 gleichermaßen eine Hegung *und* Intensivierung des Schreckens nach sich zog (ebda: 200-202), und in dem von ihm herausgegebenen Sammelband „Der Partisan“ (1990) weist Schrupp darauf hin, dass die „*Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden, Schlachtfeld und Etappe, Soldat und Zivilist, der Carl Schmitt und andere als in Auflösung befindliche zivilisierte Errungenschaft des ‚gehegten Krieges‘ hinterhertrauern*“ (ebda: 110), nicht sehr überzeugend sei. Der Staatenkrieg sei keineswegs begrenzter als der irreguläre Krieg, denn den „*Partisanenkampf kann man nicht ohne Not ausrufen oder gar ‚erklären‘, wie einen so genannten gehegten Krieg. Er kommt nur zustande, wenn die Bevölkerung ihn unterstützt, und das tut sie nur unter einem entsprechend großen Leidensdruck*“ (ebda).

Wenn Münkler an einer These festhält, von der er weiß, dass sie in dieser Form nicht stimmt, dann kann man davon ausgehen, dass er sich mit „Die neuen Kriege“ in erster Linie politisch positionieren wollte. Er macht dies, indem er Thomas Hobbes' quasi-natürlichen Gewaltzustand als Zerfalls- und Bedrohungsszenario heranzieht und dann, mit einigen Analogien zu Carl Schmitt, den raumorganisierenden Staat als Ordnungs- und Friedenssystem etabliert.

- Münklers Anliegen, Konfliktforschung mit Ordnungspolitik kurzzuschalten, lässt sich zeitlich weit zurückverfolgen. Als Krippendorff (1985) den Krieg – transhistorisch und wenig überzeugend – aus Staatlichkeit und Herrschaft abzuleiten versuchte, erwiderte Münkler (1987) mit dem Verweis auf die zivilisatorischen Errungenschaften von Gewaltmonopol und zwischenstaatlichem Krieg. Das Verhältnis zwischen Staat und Krieg ist jedoch weitaus komplexer. Tilly (1990) und Gerstenberger (2006) haben anschaulich dargelegt, wie europäische Staatsbildungsprozesse historisch von Krieg, Gewalt und Kapitalbildung bestimmt wurden. In diesem Sinne wäre Staatlichkeit also als Strategie zur herrschaftlichen Erfassung, Systematisierung und Intensivierung der Fähigkeit des Kriegführens zu erörtern. Darüber hinaus lassen sich aber auch ganz andere Entwicklungslinien berücksichtigen. Der Ethnologe Pierre Clastres etwa hat in seiner Studie „Staatsfeinde“ (1976) – in Erwiderung auf deterministische Entwicklungs- und Zivilisierungskonzepte<sup>4</sup> – gezeigt, dass Krieg bei hoch entwickelten indigenen Kulturen Südamerikas als sozialer Mechanismus fungierte, um Machtkonzentrationen und Staatsbildung – in geregelter Weise – zu verhindern. Deleuze / Guattari (1992) haben daran anschließend die These einer staatlichen Aneignungsbewegung des Krieges entwickelt. Ausgehend von den Reiterheeren der Mongolen, die sie als „nomadisierende Kriegsmaschinen“ bezeichnen, postulieren sie, dass kriegerische Gesellschaften häufig von außen in den Staat einfallen und es erst dadurch zu Durchdringungsprozessen von Kriegskörper und Staatlichkeit komme. Der Staat könne sich die Kriegsmaschinen deshalb „*nur in Form einer militärischen Institution an(eignen), die ihm immer wieder Probleme bereitet*“ (ebda: 487). „Totale Kriege“ würden erst möglich, weil durch die staatliche Aneignung die ursprünglichen Ziele des Kriegs, nämlich die Ausbalancierung von Machtbeziehungen, aufgehoben

---

<sup>4</sup> Clastres (1976) verstand seine Arbeit als Replik gegen eine spezifisch marxistische Variante des Evolutionismus, durch den Entwicklung (wie etwa in Engels' Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“) zur Stufenleiter reduziert wurde und Staatlichkeit als Ausdruck kultureller Entwicklung etabliert wurde.

werde und sich der Krieg in einen Selbstzweck der Maschine verwandele. Dieser Lesart zufolge ist es der Staat, der den Krieg enthegt: Er nimmt ihm eine zuvor entwickelte soziale Funktion (im Gegensatz zur anthropologisch gegebenen, mit der Hobbes argumentiert) und stellt seine Destruktivkraft rationalen Herrschaftsbeziehungen zur Verfügung.

Man muss Deleuze / Guattari in ihrer Argumentation nicht völlig folgen. Diese knappen Verweise machen jedoch deutlich, dass die von Münkler aufgestellte These von der staatlichen Hegung der Kriegsgewalt auch historisch nicht eindeutig zu stützen ist. Der Westfälische Frieden 1648 mag eine in der konkreten Situation positiv zu bewertende Regulierung von Konflikten nach sich gezogen haben, im Verhältnis von Krieg und Staatlichkeit lassen sich jedoch weitaus komplexere Prozesse beobachten, als Münkler skizziert.

- Das ordnungspolitische Anliegen Münklers ist auch im Kontext globaler Ordnungsdiskurse zu sehen, die in den 1990er Jahren an Bedeutung gewannen. Das Paradigma des *Failed State* verwandelte sich Anfang der vergangenen Jahrzehnts nämlich – also zu einem Zeitpunkt, als das kommunistische Lager zerfiel und der Freund-Feind-Unterscheidung des Westens die Grundlage entzog – in eine zentrale Argumentationsfigur US-amerikanischer und westeuropäischer Geopolitik. Der Zerfall von Staaten wie Somalia wurde mit humanitären Diskursen kurzgeschlossen und begleitete eine Raumpolitik, die weiterhin in erster Linie geostrategischen und ökonomischen Interessen verpflichtet war. In diesem Zusammenhang richtete das Gespann Bill Clinton / Al Gore eine so genannte *State Failure Task Force* ein, eine politikwissenschaftliche Kommission, die aus Töpfen des CIA finanziert wurde und anhand verschiedener, recht zweifelhafter Koeffizienten – Abwesenheit von Bürgerkriegen, Revolten und ethnisch motivierten Massenmorden, niedrige Kindersterblichkeit und Bevölkerungsdichte, Offenheit der ökonomischen Strukturen gegenüber dem Weltmarkt (sic!) – regelmäßig die Stabilität von Staaten in der Welt berechnete (vgl. State Failure Task Force 2000). Obwohl der „War on Terror“ 2001 für einen neuerlichen Paradigmenwechsel in der globalen Ordnungspolitik sorgte, spielt der Staatszerfallsdiskurs bis heute eine zentrale Rolle in der Öffentlichkeit. So werden die Militäroperationen in Afghanistan und Irak bis heute unter dem Aspekt ‚Herstellung von Rechtsordnung, Frieden, Menschen- und Frauenrechten‘ diskutiert, obwohl längst klar ist, dass die Situation sich in dieser Hinsicht nach den

Interventionen nicht verbessert oder, wie im Irak, sogar deutlich verschlechtert hat.<sup>5</sup> Münkler wahrt zwar Skepsis gegenüber einer Interventionspolitik, spricht sich – auf Grundlage einer Kosten-Nutzen-Kalkulation – aber sehr wohl für einzelne weltpolizeiliche Eingriffe aus. Besonders unangenehm ist dabei, dass er diese Forderung unterschwellig stellt, etwa wenn er darauf verweist, dass sich *„keine Macht findet, die bereit wäre, die Kriegsverbrecher“* in den neuen Kriegen des Südens festzunehmen und das Tun *„marodierender Banden“* zu stoppen (Münkler 2002a: 42). Die Gegenüberstellung der stabilen Staatlichkeit Westeuropas und der USA einerseits und der außer Kontrolle geratenen Gang-Gewalt der Warlords, Menschenhändler und Drogendealer andererseits externalisiert Probleme, die als integrale Bestandteile einer globalisierten ökonomischen Ordnung begriffen werden müssen.

- Diese Externalisierung von Gewalt und Terror auf ein diabolisiertes Außen geht mit der Einnahme einer neokolonialen Perspektive einher. Hier ist Münklers Sprachduktus auffällig: Die Unternehmen, die von den USA und EU-Regierungen zur Interessen- und Investitionswahrung beauftragt werden, laufen als „Sicherheitsanbieter“, in nicht genauer benannten Fällen auch einmal als „Söldnerfirma“. Die Kriegsakteure des Südens hingegen sind „Warlords“, bei denen sich ökonomische, religiöse und ethnische Intentionen amalgamisch miteinander verbinden. Bemerkenswert ist, dass Münkler diesen Zusammenhang bei den Militär-Dienstleistern und politischen Eliten des Westens nicht diskutiert, obwohl doch auch hier – beispielsweise beim Vorgehen der USA im Irak – wirtschaftliche Interessen, sexistische Phantasien, rassistische Kategorien etc. interessante Verbindungen eingehen. Katja Diefenbach (2003: 186) hat in diesem Zusammenhang treffend angemerkt: *„Das Bild vom warlord des Südens zählt zu den penetrantesten Stereotypen der bürgerlichen Kriegsdebatte. Die warlords des Nordens, die internationalen Waffenhändler und Sicherheitsunternehmer wie MPRI, Defense Systems Limited, Executive Outcomes, DynCorp etc., die von Kroatien bis Kolumbien Kriegs- und Kontrolldienstleistungen verkaufen, bleiben dagegen relativ unsichtbar. Exemplarisch kann man die Beschreibungen von Herfried Münkler*

---

<sup>5</sup> Der Staatszerfallsdiskurs darf nicht als propagandistisches Begleitfeuer einer ‚harten‘, ökonomisch motivierten Interventionspolitik missverstanden werden. Es gilt der Hinweis von Foucault, dass Ideologie nicht auf den ‚falschen Schein von Verhältnissen‘ oder gar auf Manipulation zu reduzieren ist. Diskurse, die ausgesprochen, variiert und wiederholt werden, sind konkrete Realität und insofern handlungsmächtig. Darüber hinaus liegt auf der Hand, dass der Zerfall von Staaten die Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerung häufig, aber keineswegs immer, tatsächlich deutlich verschlechtert. Andererseits hat die Tatsache, dass Staatszerfallsdiskurse politisch hegemonial werden konnten, eine Kritik des dagegen agierenden imperialen *nation buildings* aber kaum Gehör findet, sehr wohl damit zu tun, dass sich der Staatszerfallsdiskurs kontingent mit geostrategischen und ökonomischen Interessen verbindet und regierungstechnisch operabel wird.

*heranziehen, Politikwissenschaftler an der Humboldt-Universität Berlin, der seit Jahren zur Geschichte und Theorie des Krieges arbeitet. Münkler benennt zwar Kriegsunternehmer wie Executive Outcomes als kommerzielle Teilhaber an den subalternen, postkolonialen Kriegen. Seine Schreibe entwickelt aber erst dann Verve – in der ganz von Ferne die Stahlgewitter-Faszination an der Verbindung Krieg-Tod-Macht anklingt –, wenn es zum Auftritt des jungen warlords des Südens kommt. Da ist er: entgrenzt, entdiszipliniert, korrumpiert von Geld und Populärkultur – Rap und Rayban-Sonnenbrillen – eine monströse irreguläre Tötungs- und Vergewaltigungsmaschine.“*

- Münklers Positionen zur Asymmetrie von neuen Kriegen und Terrorismus setzen diese Externalisierung von Gewaltverhältnissen auf ein „Anderes“ fort. Münkler erkennt zwar an, dass irreguläre Kriege eine Reaktion auf bereits asymmetrische Machtverhältnisse darstellen (2002b: 260-263), flechtet dann aber doch, wo er kann, die Schmittsche Erzählung von der Verrohung des Krieges durch den Aufständischen ein, der sich den zwischenstaatlichen Kriegskonventionen nicht unterwerfen will und damit die Gewalt entgrenzt. Die dem zugrunde liegende These ist alles andere als überzeugend. In den großen Partisanenkriegen Lateinamerikas – so etwa in El Salvador, Guatemala und Kolumbien – waren es die Aufständischen, die in den 1980er und 1990er Jahren vergeblich Abkommen zur Einhaltung der Genfer Konventionen und eine internationale Überwachung der Konflikte forderten. Die Regierungen der betreffenden Länder verhinderten im Einvernehmen mit den USA diese Regulierung des Kriegs, weil der Schutz der Zivilbevölkerung die Partisanenbekämpfung vor unlösbare Probleme gestellt hätte. Mit regulären, rechtsstaatlichen Mitteln war den (zumindest regional von der Bevölkerung getragenen) Aufständen nicht beizukommen. Andererseits gibt es für eine Partisanenarmee, deren Stärke wesentlich auf politischer Legitimität beruht, keinen Grund, warum sie humanitäre Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung und gefangen genommener Kombattanten meiden sollte. Im Gegenteil: Abkommen zur Kriegsregulierung implizieren eine Anerkennung der Rebellen als kriegführende Partei und sind deshalb politisch sehr attraktiv. Münkler vertritt hingegen die Ansicht, die Irregularisierung des Krieges gehe vom Partisan aus und werde vom Terroristen, der für die „Auflösung der Gewaltbegrenzung“ verantwortlich ist (Münkler 2002a: 185), weiter vorangetrieben.

Damit wolle der „*internationale Terrorismus*“ (ebda: 2005) – ein erstaunlich unspezifischer Begriff, der zur politischen Mobilisierung dienen mag, aber keinen analytischen Wert besitzt – Schrecken verbreiten und die komplexen westlichen Gesellschaften und ihre Wirtschaftskreisläufe mit einer Art psychologischer Kriegführung attackieren.

Münklers Interpretation ist doppelt problematisch: Zum einen bleibt es reine Spekulation, ob die Flugzeugentführer des 11. September 2001, die Münkler als Beispiel heranzieht, tatsächlich daran dachten, allgemein Schrecken zu verbreiten und Wirtschaftskreisläufe unter Druck zu setzen, oder ob sie einfach einen symbolischen Schlag gegen „den Westen“ bzw. „die USA“ vor Augen hatten. Und bis heute weitgehend ungeklärt ist auch, ob ein „transnationales Terrornetzwerk“ oder eine Gruppe von zum Teil in Hamburg ansässigen Studenten hinter den Anschlägen steckten<sup>6</sup>. Zum anderen ist die Verbreitung von Irregularität und Schrecken, wie schon erwähnt, kein Monopol des Partisanen / Terroristen. Wenn überhaupt, müsste man also von doppelten Asymmetrisierungsbewegungen des Kriegs sprechen, wobei staatliche Armeen in der Aufstandsbekämpfung stets mit gegen die Zivilbevölkerung gerichteten, terroristischen Einschüchterungsmaßnahmen auf die Unsichtbarkeit des Partisanen reagieren.

### **Münklers imperiale Sehnsucht**

Auf der Grundlage des Erörterten ist es nur folgerichtig, wenn sich Münkler (2005) zuletzt dem Thema imperialer Raumpolitik zugewandt hat. In „Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten“ (2005) stellt One-Man-Think-Tank Münkler schon auf der ersten Seite die rhetorische Frage, ob „*die Weltgemeinschaft zu ihrer eigenen Sicherheit auf eine imperiale Vormacht angewiesen*“ ist (ebda: 7). Die internationale Staatengemeinschaft, der Habermas u.a. eine größere Bedeutung zukommen lassen wollen, habe sich nämlich, so Münkler, in den vergangenen Jahrzehnten als unfähig erwiesen, zentrale Konflikte in der Welt zu bewältigen. Das Imperium weise da schon realistischere Handlungsperspektiven auf: „*Während Staaten an den Grenzen anderer Staaten Halt machen und es ihnen selbst überlassen, ihre inneren Angelegenheiten zu regeln, mischen*

---

<sup>6</sup> In diesem Sinne verwies der ironische Hinweis von Kriegsgegnern, man hätte mit einer ähnlichen Begründung, mit der Ende 2001 der Angriff auf Afghanistan legitimiert wurde, auch eine Bombardierung Hamburgs anordnen können, auf eine wichtige Frage: Die territoriale Zuordnung der Anschläge auf ein Land, durch die ein Widerspruch externalisiert wird, verschleiert, inwiefern religiöser Fundamentalismus und Moderne miteinander verknüpft sind.

*sich Imperien in die Verhältnisse anderer ein, um ihrer Mission gerecht zu werden. Deshalb können Imperien auch sehr viel stärkere Veränderungsprozesse in Gang setzen, während die Ordnung der Staaten durch einen strukturellen Konservativismus geprägt ist.*“ (ebda: 8) Eine globale Ordnung gleichberechtigter Staaten sei, so Müncklers als Frage formulierte programmatische These, nicht unbedingt erstrebenswert.

Es wird schnell deutlich, dass hier ein spezifisches Problem der Berliner Republik verhandelt werden soll: der erweiterte Machtanspruch und Handlungsrahmen europäisch-deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Für Münckler geht es in diesem Sinne nicht nur darum, *„Prognosen über die Dauer und Stabilität des amerikanischen Imperiums zu machen“*, sondern auch zu diskutieren, *„wie ein Europa beschaffen sein muss, das sich einerseits als selbständige politische Kraft neben den USA zu behaupten vermag und andererseits in der Lage ist, seine instabilen und hereinstürzenden Ränder zu befestigen und positiv auf seine Nachbarn einzuwirken. Ein solches Europa wird nicht umhin kommen, selbst imperiale Merkmale zu übernehmen und imperiale Fähigkeiten zu entwickeln – und wenn man genau hinsieht, hat es damit bereits begonnen.“* (ebda: 9f) Aus eben diesem Grund dürfe *„imperiales Agieren nicht von vornherein als schlecht und verwerflich wahrgenommen (werden), sondern als eine Form von Problembearbeitung neben der des Staates und anderer Organisationsformen des Politischen“* (ebda 10).

Das Vorhaben ist somit klar umrissen: Kalküle imperialer Politik sollen rehabilitiert und von einer neokantianischen, linken oder antikolonialen Kritik errichtete ‚Tabus‘ durchbrochen werden. Weil dieses Vorhaben in Anbetracht einer 500jährigen Kolonialgeschichte mit ihren systematischen Genoziden und millionenfacher Versklavung oder der rassistischen Raumpolitik des Nationalsozialismus in Osteuropa etwas bizarr anmutet, versucht Münckler auch hier der Kritik zuvorzukommen. Axiomatisch postuliert er, Imperien würden sich keineswegs in erster Linie durch Ausbeutung auszeichnen. Zudem gehe es nicht um eine Rehabilitierung der Kolonialimperien, sondern um neue Formen imperialen Handelns. Auf diese Weise vor kritischen Einwänden offensichtlich gefeit – immerhin haben Feuilleton und akademischer Betrieb zur Dreistigkeit des Müncklerschen Imperialvorhabens nichts weiter geäußert – begibt sich Münckler auf das Feld der *imperial studies*. Zunächst bemüht er sich um eine Charakterisierung dessen, was ein Imperium auszeichnet. Dies wäre: 1) Die unscharfe Grenzziehung: Im Unterschied zum Flächenstaat trennen imperiale Grenzen *„keine gleichberechtigten politischen Einheiten, sondern stellen eher Abstufungen von Macht und Einfluss dar“* (ebda:16). Imperiale Strukturen überlagern sich selbstverständlich mit der Ordnung der Staaten, sind aber nicht mit dieser identisch. *„Imperiale Grenzen (...)*

*lassen sich als Geflecht beschreiben, in dem politische und wirtschaftliche Grenzziehungen voneinander getrennt sind, kulturelle Differenzen gestuft werden und sprachliche ohnehin irrelevant sind.*“ (ebda: 18) Die imperiale Struktur ist aus diesem Grund informaler und flexibler als das Staatensystem. 2) Imperien kennen keine gleichberechtigten Nachbarn, existieren tendenziell eher im Singular und gehen über einfache Hegemonialordnungen hinaus. Die zumindest formale Gleichheit zwischen den Akteuren wird aufgelöst und durch eindeutige Unterordnungsbeziehungen ersetzt. 3) Imperialismus und Imperium sind voneinander zu unterscheiden. Der Imperialismus zeichnet sich durch einen Willen zur Herrschaft aus, das Imperium hingegen werde auch von den Rändern her errichtet. *„Der Blick aufs Zentrum, wie er in den Imperialismuskonzeptionen dominiert, muss durch den Blick auf die Peripherie ergänzt werden – auf die dortigen Machtvakuen und wirtschaftlichen Dynamiken, die Interventionsbitten der in Regionalkonflikten Unterlegenen und die Entscheidungen der vor Ort Verantwortlichen.*“ (ebda: 21)

Nach dieser begrifflichen Eingrenzung greift Münkler erneut auf eine transhistorische Arbeitsweise zurück, die schon „Die neuen Kriege“ charakterisierte. Er geleitet die Leserschaft auf eine unchronologische Kreuzfahrt durch die Geschichte, springt von Athen in die Peripherie des zaristischen Russlands, vom Osmanischen Reich zurück nach Rom, von der Verwaltungspolitik des kolonialen Spaniens zu den Schwierigkeiten des Habsburgischen Österreich-Ungarn. Münkler will auf diese vom konkreten Einzelfall gelöste Weise erklären, welche Dynamiken und Motivationen Imperien hervorgebracht haben, wie sich diese ausdehnen, behaupten und zerfallen konnten, welche Verwaltungs- und Minderheitenpolitik sie verfolgten. Er unterscheidet zwischen Land- und Seeimperien, von denen erstere die Verwaltung eines Territorium gewährleisten mussten, letztere sich hingegen auf die Kontrolle von Warenströmen und Handelsknoten konzentrieren konnten, und skizziert Probleme, die Imperien aus Machtkonkurrenz und geographischer Lage erwachsen. Auf diese Weise gelangt Münkler schließlich auch zu den *„imperialen Missionen“*, die die Ausbreitung und Stabilität von Imperien maßgeblich beeinflusst, letzteren aber keineswegs immer genutzt hätten. Die Zivilisierung von Barbaren und die Erzwingung einer Friedensordnung im Fall Roms, die christliche Missionierung Lateinamerikas durch Spanien, Russlands Schutz der orthodoxen Kirche, der britische Kampf gegen die Sklaverei oder das US-amerikanische Eintreten für Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechte heute wären, so Münkler, derartige *„imperialen Missionen“*. Münkler erkennt an, dass diese außer Kraft gesetzt werden, wenn zentrale sicherheitspolitische oder ökonomische Interessen mit ihnen kollidieren, betont

jedoch, dass sie dennoch als Handlungsprinzip und Motiv der Imperien ernst genommen werden müssen.

Dieses Argument, das zu den klügeren im Buch gehört, verweist schließlich auf die Frage, wie sich imperiale Herrschaft Legitimation verschafft, nämlich u.a. durch die Durchsetzung einer Friedensordnung oder allgemein akzeptierter ethischer Anliegen, durch wirtschaftliche Prosperität, Investitionen in die Infrastruktur oder die Ausstrahlungskraft von Kultur- oder Konsummodellen. Weil Imperien dennoch permanent in Frage gestellt bleiben, diskutiert Münkler schließlich auch antiimperiale Kämpfe und in diesem Zusammenhang besonders die Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts<sup>7</sup>. An dieser Stelle kehrt Münkler zu jenen militärtheoretischen Fragen zurück, die ihn schon seit den 1980er Jahren immer wieder umtreiben. Er stellt dar, wie antikoloniale Partisanenbewegungen auf asymmetrische Machtsituationen mit einer Asymmetrisierung der Kampfformen reagierten, und schlägt dann, wie schon in „Die neuen Kriege“ die Brücke vom Partisanenkampf zum Terrorismus.

Gegen Münklers „Imperien“ lassen sich viele Argumente noch einmal vorbringen, die bereits oben ausgeführt worden sind. Zum Teil geht die Kritik darüber jedoch noch hinaus: Erstens muss man handwerklich einwenden, dass Münklers transhistorische Methode Unschärfe und zweifelhafte Verallgemeinerungen hervorbringt. Das System, mit dem er seine Leser/innen kreuz und quer durch Epochen und Kontinente hetzt, erschließt sich dem Leser nicht so recht. Bei einer assoziativeren Schreibweise könnte man den Zickzack als Fluss einer Denkbewegung interpretieren. Doch Münklers Arbeitsweise charakterisiert sich nicht durch rhizomatische Verkettungen. Seine Texte sind vielmehr beherrscht sehr konkreten realpolitischen Vorhaben. Die historischen Kreuzbewegungen scheinen in diesem Zusammenhang eher wie eine Verschleierungstaktik, mit deren Hilfe das elende Geschäft der präzisen Argumentation umgangen werden soll.

Daran schließt zweitens an, dass Münkler systematisch Auslassungen betreibt. Es ist hochgradig eigentümlich, dass Imperien von Athen bis in die Gegenwart diskutiert werden, aber über imperiale Siedlungspolitik, Verschleppung, Vertreibung, Sklaverei, Massaker und Zwangsarbeit auf 250 Seiten kein Satz verloren wird. Damit soll nichts gegen das Argument gesagt werden, die allgemein verbreiteten Imperialismuskurse reduzierten komplexe Strukturen auf Ausbeutungs- und Plünderungsabsichten des Zentrums, blockierten durch Moralisation die Möglichkeit zur Analyse und ignorierten die Dynamiken der Peripherie. An dieser Stelle hat Münkler schließlich nicht Unrecht. Vieles von dem, was heute als

---

<sup>7</sup> Ihr politisches Scheitern nach Erlangung der Unabhängigkeit wird von Münkler als weiterer Beweis für die Rationalität der imperialen Ordnung gewertet.

antiimperialistische oder antikoloniale Kritik durch den linken Diskursraum geistert, ist eher moralisch bewegt als inhaltlich überzeugend.<sup>8</sup> Doch hierin bestünde die eigentliche Herausforderung einer kritischen Betrachtung: wie sich nämlich verschiedene Funktionen einer imperialen Praxis zusammensetzen können, wie z.B. die christliche Mission Spaniens und der daraus abgeleitete Minimalschutz lateinamerikanischer Indigener sich mit ökonomischen Interessen verknüpfen konnte und daraufhin die massenhafte Verschleppung von Afrikanern in Gang gesetzt wurde. Diese wiederum war längst nicht nur ein Verbrechen von Europäern, sondern funktionierte auch durch die Verbindung von afrikanischen Regionalsystemen mit europäischem Handel.

Münkler versucht jedoch nicht, den komplexen Bewegungen der Imperialität, von Unterwerfung, Machtkonstellationen und Widerstand, von Gewaltherrschaft, Legitimation und Verweigerung nachzuspüren, sondern schreibt einfach die Geschichte um. Es sind die unauffällig eingeflochtenen Bemerkungen, die Münklers Arbeit an manchen Stellen fast schon lächerlich erscheinen lassen. So etwa, wenn er behauptet, die USA seien erst unter Präsident Carter zu imperialer Politik übergegangen, als sie eine offensive Menschenrechtspolitik zu verfolgen begannen, während sie doch zuvor, noch als Hegemonialmacht, auch Militärdiktaturen in der NATO geduldet hätten (ebda: 77). Die systematische Interventionspolitik der USA gegen sozialreformerische Regierungen und die Ermordung von Politikern in der Dritten Welt nach 1945 ist schließlich keine Erfindung trotteliger Antiimperialisten (die es zweifellos gibt). Dass Münkler selbstverständlich bekannt ist, was 1954 in Guatemala, 1960 im Kongo, 1966 in Indonesien, 1973 in Chile, 1979-1989 in Nicaragua, 2002 in Venezuela etc. geschah, macht die Sache nicht besser.

Drittens lässt sich festhalten, dass Münkler kein Interesse daran besitzt, die Machtförmigkeit von Prozessen auch nur zu registrieren. Die kulturellen Wirkungen der Globalisierung, die von ethnisch und religiös identitären Diskursen thematisiert werden, führt Münkler in diesem Sinne einfach auf die Attraktivität einer Lebensweise zurück. *„Infolge eines intensivierten Austauschs von Menschen und Informationen können Kulturen nicht mehr voneinander isoliert gehalten werden. Der Prozess der kulturellen Globalisierung erhöht die soft power des imperialen Zentrums, dessen Anziehungskraft sorgt für einen verstärkten Braindrain, und die weiche Macht des Imperiums nimmt weiter zu. Das beginnt bei der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und endet bei der Definitionsmacht über die Populärkultur. Die*

---

<sup>8</sup> So nehmen die Versuche, die europäischen Militäreinsätze in Afrika mit der Sicherung von Rohstoffvorkommen zu erklären, die reale ökonomische Bedeutung dieser Ressourcen in der Regel kaum zur Kenntnis. Auffällig ist auch die Ignoranz gegenüber komplexen Macht- und Klassenbeziehungen in den Ländern des Südens – beispielsweise wenn die lateinamerikanische Integration gefeiert wird, ohne zu registrieren, dass diese auf die Stärkung traditioneller Eliten im Agrarbusiness und in den Staatsapparaten hinausläuft.

*Unterstellung der antiimperialen Akteure, dies sei ein gezieltes Manöver des Imperiums zur Nivellierung kultureller Identitäten, ist sicherlich falsch, aber gerade aus dieser Überzeugung gewinnen die antiimperialen Akteure Unterstützung und Kraft.*“ (ebda: 209) Münkler blickt auch hier großzügig über Offensichtliches hinweg: Dass ein Prozess nämlich auch ohne strategische Anleitung oder planendes Zentrum machtförmig ablaufen kann. Die Crux an dem sogenannten Zusammenstoß der Kulturen, der heute als dichotomisches System die globale Ordnung mit seiner Freund-Feind-Logik strukturiert, besteht ja gerade darin, dass die zugrundeliegenden Prozesse von den beteiligten Akteuren weitgehend ausgeblendet werden. So ist der religiös-identitäre Fundamentalismus keineswegs in erster Linie eine Abwehrreaktion auf die Globalisierung, sondern vielmehr einer ihrer konstituierenden Bestandteile. Der politische Islamismus der letzten 30 Jahre ist nicht in erster Linie in Bergdörfern Afghanistans geboren worden, sondern in von Rassismus geprägten europäischen Einwanderervierteln sowie in globalen Konfliktkonstellationen, in denen der Blockkonflikt den Aufbau politisch-religiöser Bewegungen aus Sicht des Westens opportun erschienen ließ. Die „Rückbesinnung auf traditionelle Werte“, die heute im Internet und vor DVD-Geräten stattfindet, ist in dieser Hinsicht als soziokulturelle Neuschöpfung zu interpretieren, die nicht weniger mit Globalisierung zu tun hat als CNN oder Hollywood. Gleichzeitig kann die Durchsetzung eines „westlichen“ – exakter sollte man vielleicht sagen: eines kulturindustriell geformten – Lebensmodells ja auch dann ein gewalttätiger Prozess sein (gegen den es sich zu kämpfen lohnt), wenn dieser keinen ideologisch-manipulativen Absichten folgt. Die Tatsache etwa, dass die mediale Repräsentation auf den Bildschirmen des Südens Hautfarben und / oder Konsumniveaus zur Norm erhebt, die mit der Realität der Zuschauer dort nichts zu tun hat, wirkt auch dann gewalttätig, wenn dies von niemandem gewünscht wurde. Die Setzung des Weißen als Norm – und demzufolge des Schwarzen / Farbigen als des „Anderen“ – wird selbst dann für Machtverhältnisse sorgen, wenn niemand von diesen profitieren sollte (was zu bezweifeln ist). Insofern lassen sich die neoidentitären Bewegungen nur dann bekämpfen, wenn man zum einen begreift, dass sie trotz gegenteiliger Selbstwahrnehmung keine traditionellen Werte verteidigen, sondern eine neue Form von „Modernität“ erfinden, und zum anderen registriert, dass der ablehnende Reflex gegen das dominante Kulturmodell des „Westens“ nicht nur dem Konservativismus ungebildeter Massen, sondern auch einem ganz helllichtigen Begriff über die machtförmige Struktur der westlichen Lebensweise geschuldet sein könnte.

Viertens gilt auch für „Imperien“, dass Münkler die Entwicklung irregulärer Kriege inhaltlich unzulässig und politisch intentioniert reduziert. Münkler spricht über asymmetrische

Konflikte und terroristische Bedrohungen, verliert aber kein Wort über die Entfaltung der irregulären staatlichen Kriegführung, wie sie die Partisanenbekämpfung und besonders die im und nach dem Vietnamkrieg entstandene Low-Intensity-Warfare impliziert. Münkler weiß wohl, dass Partisanenbekämpfung Gewalt gegen Zivilisten bedeutet, doch er behauptet – was nun, falls es ernst gemeint ist, wirklich nur als dummes Zeug bezeichnet werden kann –, dass sich hieraus der größte Nachteil der imperialen Macht ergibt. *„Von dem Moment an nämlich, in dem sie unter dem Eindruck gewaltsamer Angriffe auf Einrichtungen und Personen der imperialen Ordnung zu militärischen Mitteln greift, um die Unruhen zu beenden, verliert sie in dem Maße an Legitimität, wie die Partisanen sie hinzugewinnen“* (ebda: 197). Kein Gedanke daran, dass sich imperiale Macht gerade in den entgrenzten, zügellosen Gewalthandlungen immer wieder neu festigen könnte; dass die relative Stabilität in vielen Ländern in den vergangenen 15 Jahren darauf beruhen könnte, dass dort revolutionäre Bewegungen in den 1970er und 1980er Jahren mit kalkulierter, in Szene gesetzter Gewalt ausgelöscht wurden. Dabei kann man an Beispielen wie Guatemala, Chile, Kolumbien, der Türkei oder den Philippinen gut beobachten, wie tief sich Repressionserfahrungen in soziale Beziehungen einschreiben und auf diese Weise politische Effizienz entfalten. Doch Münkler will von solchen Aspekten des Krieges nichts wissen. Er geht von einer Bedrohung durch ‚das Andere‘ aus und weist dieser Gegenseite alle Verantwortung für einen gezielten Einsatz des Schreckens zu. Bezeichnenderweise kommen die Horden auch diesmal wieder, zumindest metaphorisch, aus dem Osten: *„Hier (beim transnationalen Terrorismus, Anm.d.A.) geht es um eine moderne Variante des Verwüstungskrieges. Sein Zweck soll durch die Verheerung gegnerischer Gebiete erreicht werden. Im Grunde folgen die Terroristen derselben Strategie wie die nomadischen Reitervölker, die in schnellen Vorstößen in den imperialen Friedensraum eindringen, ihn brennend und sengend durchzogen und wieder verschwanden, bevor die Truppen des Imperiums sie stellen konnten.“* (ebda: 211)

So verwandelt Münkler seinen Text schließlich, und das wäre der fünfte und grundlegendste Kritikpunkt, am Ende in eine imperiale Kampfschrift. Die Bedrohung durch ‚das Andere‘ muss nämlich durch konsequente Grenzziehungen abgewehrt werden: *„Um die subglobale Welt des Imperiums zu bewahren, muss sich eine kluge imperiale Politik von den Problemen der globalen Welt abwenden und sich gegen sie durch die Errichtung <imperialer Barbarengrenzen> sichern. Was jenseits von ihnen geschieht, interessiert das Imperium nur dann, wenn daraus eine Gefahr für seine Sicherheit erwachsen könnte.“* (ebda: 235) Ob Münkler damit den weiteren Ausbau des Grenzregimes meint, das allein an der spanischen Außengrenze im vergangenen Jahr 6000 Menschen das Leben gekostet haben soll, lässt er im

Unklaren. Münkler interessiert sich auch mehr für den ‚realistischen Blick‘, soll heißen: In dieser Welt kann Sicherheit nur in Form eines imperialen Ordnungsmodells effizient hergestellt werden. Die Grenzen werden durch weiche Grenzen, durch Grensräume und vorgelagerte Ordnungen ergänzt.

Die globale Situation ist bei Münkler v.a. von zwei Faktoren bestimmt: einer instabilen, zerfallenden Peripherie und der Existenz der militärisch uneinholbaren Supermacht USA, mit der Europa viele Interessen teilt. Das Konkurrenzverhältnis, das sich zwischen Europa und den USA abzeichnet und beispielsweise im Bedeutungsgewinn des Euro manifestiert, sollte hier gegenüber der Notwendigkeit zur Kooperation nicht allzu sehr an Gewicht gewinnen. Münklers Plädoyer: Die Europäer haben *„sich ihrer politischen Marginalisierung zu widersetzen. Europa muss sich gegenüber den USA als ein Subzentrum des imperialen Raums behaupten und darauf achten, dass sich zwischen den USA und ihm kein Zentrum-Peripherie-Gefälle herausbildet.“* (ebda: 247) Weil dies globale Handlungsfähigkeit erfordert, muss sich Europa beschleunigen, seine Fähigkeit zum globalen Eingriff entschlossen entwickeln und die Diskussion der verfassungspolitischen Ordnung hintanstellen. Man muss deutlich aussprechen, was Münkler hier verteidigt: In der europäischen Struktur spielen demokratische Legitimations- oder gar Kontrollmechanismen bislang nur eine marginale Rolle. Die exekutiven Organe Europas leiden selbst nach bürgerlich-demokratischen Kriterien unter riesigen Demokratiedefiziten. Wenn Münkler Anstrengungen in diesem Zusammenhang für nachgeordnet hält, dann spricht er sich für ein elitäres Europa aus, oder richtiger: ein Europa der Eliten, in dem die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Führungen fast völlig losgelöst von den Bevölkerungen entscheiden und handeln können. Nicht einmal alle Regierungen dieses Staatenbundes sollen über die Maße konsultiert werden. Münkler (2005: 249) salopp: *„Kommt es nicht zu dem an sich wünschenswerten Dreieck Paris-London-Berlin, so wird sich auf dem Kontinent eine andere Macht finden, mit der die Achse Paris-Berlin zum Dreieck erweitert werden kann.“*

Hardt / Negri haben in *„Multitude“* (2004) – über den Gehalt ihres Imperiumsbegriffs kann man streiten– eine lesenswerte Beschreibung der neuen globalen Kriegskonstellationen geliefert und diese in Verbindung mit einer spezifischen Form von Theorieproduktion gesetzt: *„Die großen Werke des politischen Denkens der Neuzeit bieten allesamt Werkzeuge, die herrschenden Machtverhältnisse zu verändern oder umzustürzen und uns von der Tyrannei zu befreien. Auch Der Fürst von Niccolò Machiavelli, in dem manche ein Handbuch für skrupellose Herrscher sehen, ist in Wahrheit eine demokratische Schrift, die das Verständnis der Gewalt und den klugen Gebrauch der Macht in den Dienst eines republikanischen*

*Intellekts stellen. Heute allerdings sind Politikwissenschaftler mehrheitlich nur noch Technokraten, die daran arbeiten, quantitative Probleme zu lösen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, und im Übrigen begeben sie sich von den Fluren ihrer Universitäten zu den Schaltstellen der Macht, damit der Souverän ihnen sein Ohr leihen möge und sie ihm Ratschläge zuflüstern können. Zur paradigmatischen Gestalt des politischen Denkers ist der Geheimrat, der Berater des Souveräns, geworden.“* (ebda: 49f) Hardt / Negri beziehen diese Zeilen auf Samuel Huntington, der in den 1970er Jahren in den USA eine von den Bürgerrechtsbewegungen ausgelöste „Krise der Demokratie“ durch Überdemokratisierung ausmachte und dem orientierungslos gewordenen System in den 1990er Jahren mit dem *Clash of Civilizations* ein neues Ordnungsparadigma schenkte.

Über Herfried Münkler könnte man ähnliches behaupten. Er ist kein Machiavelli oder Clausewitz, sondern bloß der Geheimrat, der der Elite jene Beschreibung der Weltlage souffliert, die die Macht benötigt, um als solche zu bestehen und sich neu positionieren zu können. Besonders originell ist Münklers Beitrag im internationalen Vergleich dabei nicht. Deutschland kommt wieder mal zu spät, diesmal in Sachen imperialer Theorieproduktion. Teschke (2006: 140) hat dazu in der *New Left Review* vermerkt: *“The rehabilitation of empire is carried out with a more flamboyant brio in the Anglosphere, where defence and illustration of the American imperium can be conducted in more swaggering style by writers like Ferguson or Kaplan. But Europe is now producing its own crop of apologists, explaining the need for a subaltern empire in the Old World, in fealty to a global overlord in the New. These are no longer marginal voices. The pioneer theorist of Europe’s imperial mission today, Robert Cooper, has been—in succession—security advisor to Blair in Downing Street, to Prodi in Brussels and now to the roving Solana. Münkler offers a German version of the same vision, from Berlin. Mutatis mutandis, his project might be compared to Carl Schmitt’s bid to re-position himself in the late thirties with texts on Großraumordnungen tailored to the concerns of the authorities. The new EU will provide ample space for such exercises.”*

## **Literaturverzeichnis**

- Agamben, Giorgio (2002): *Homo sacer – Die souveräne Macht und das nackte Leben*, Frankfurt / Main  
Agamben, Giorgio (2004): *Ausnahmezustand*, Frankfurt / Main  
Clastres, Pierre (1976): *Staatsfeinde – Studien zur politischen Anthropologie*, Frankfurt / Main  
Deleuze, Gilles / Guattari, Felix (1992): *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie II*, Berlin  
Derrida, Jacques (1991): *Gesetzeskraft. Der „mystische Grund der Autorität*, Frankfurt / Main

- Diefenbach, Katja (2003): Just War. Neue Formen des Krieges. Polizeirecht, Lager, Ausnahmezustand, in: Becker, J. / Lanz, S. (2003): *Space // Troubles. Jenseits des guten Regierens: Schattenglobalisierung, Gewaltkonflikte und städtisches Leben*, Frankfurt / Main
- Gerstenberger, Heide (2006): *Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster
- Hardt, Michael / Negri, Antonio (2004): *Multitude und Demokratie im Empire*, Frankfurt / New York
- Kaldor, Mary (2000): *Neue und alte Kriege*, Frankfurt / Main
- Krippendorff, Ekkehart (1985): *Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft*, Frankfurt / Main
- Münkler, Herfried (1987): Staat, Krieg und Frieden: Die verwechselte Wechselbeziehung, in: Steinweg, Reiner (Hg.): *Kriegsursachen*, Frankfurt / Main
- Münkler, Herfried (Hg.) (1990): *Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt*, Opladen
- Münkler, Herfried (2002a): *Die neuen Kriege*, Hamburg
- Münkler, Herfried (2002b): *Über den Krieg. Situationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion*, Weilerswist
- Münkler, Herfried (2005): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Hamburg
- Schmitt, Carl (1933, zuerst 1927): *Der Begriff des Politischen*, Hamburg
- Schmitt, Carl (1963): *Theorie des Partisanen*, Berlin
- Schmitt, Carl (1979, zuerst 1922): *Politische Theologie*, Berlin
- Schmitt, Carl (1982, zuerst 1938): *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes*, Köln
- Schmitt, Carl (1989, zuerst 1921): *Die Diktatur*, Berlin
- Schrupp, Antje (1990): Die Partisanentheorie Mao Tse-tungs, in: Münkler, H. (Hg.): *Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt*, Opladen
- Teschke, Benno (2006): Imperial Doxa from the German Republic, in: *New Left Review* 40, S.128-140
- Tilly, Charles (1990): *Coercion, Capital and European States. AD 990-1990*, Cambridge / Mass. / Oxford